

Pressemitteilung

24.09.2025

Anliegen des Bauernverbandes zur Agrarministerkonferenz

Rukwied: Länder müssen höheres Budget und bewährte GAP-Struktur für die ländliche Entwicklung einfordern

(DBV) Anlässlich der Herbst-Agrarministerkonferenz 2025 im baden-württembergischen Heidelberg fordert der Deutsche Bauernverband (DBV) in einem Anliegenpapier die Agrarminister der Länder und Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer auf, die heimische Landwirtschaft in Deutschland zu stärken. Aus Sicht des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, ist es jetzt notwendig, ein robustes Agrarbudget, klare Zuständigkeiten und einfache Verfahren bei der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2028 zu organisieren: „Die vorgeschlagene Kürzung der GAP-Mittel würde die notwendige Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln massiv gefährden. Alle Betriebsgrößen und Bewirtschaftungsformen in der Landwirtschaft leisten ihren Beitrag zur Lebensmittelversorgung und sind daher wirksam zu fördern. Daher wird der Vorschlag zur Kappung und Degression abgelehnt. Zudem muss die bewährte 2-Säulen-Struktur erhalten bleiben, auch um die Kofinanzierung der GAK zu sichern. Agrarumweltmaßnahmen müssen praxisgerecht, wirtschaftlich tragfähig und kooperativ umsetzbar sein.“

Einen verlässlichen Kurs der Politik fordert der Deutsche Bauernverband auch in der Tierhaltung. Der DBV kritisiert das vorzeitige Ende des Bundesförderprogramms Umbau der Tierhaltung (BUT). Bund und Länder müssen den materiellen Schaden begrenzen und umgehend tragfähige Landesförderprogramme für spätestens 2027 auf den Weg bringen. Besonders Sauenhalter, die den Umbau bereits geplant haben und dabei auf die Fördermöglichkeiten des BUT gesetzt hatten, brauchen schnellstens Klarheit. Der Bund muss die vorgesehenen nicht verausgabten Bundesmittel für das BUT mit Priorisierung für die Schweinehalter in die GAK überführen. In Bezug auf die Umsetzung der EU-Naturwiederherstellungs-Verordnung fordert der DBV die klare Ausrichtung auf Freiwilligkeit und Kooperation. Ordnungsrecht oder Vorkaufsrechte des Naturschutzes müssen verbindlich ausgeschlossen werden. Daneben müssen bei der nationalen Umsetzung die betroffenen Land- und Forstwirte sowie Grundeigentümer vollumfänglich beteiligt werden.

Angesichts der Herausforderungen durch den Klimawandel und der damit verbundenen erhöhten Risiken hinsichtlich Qualitäts- und Ertragssicherheit fordert der DBV Bund und Länder auf, dringend eine grundlegende Beschleunigung und Optimierung der Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln umzusetzen. Zudem muss im Düngegesetz die Ermächtigung für die Stoffstrombilanzverordnung ersatzlos gestrichen und erste Eckpfeiler für eine stärkere Verursachergerechtigkeit geschaffen werden.

[Das Anliegenpapier des Deutschen Bauernverbandes finden Sie hier.](#)

Autor Deutscher Bauernverband
Rückfragen an DBV-Pressestelle

Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	presse@bauernverband.net
Homepage	www.bauernverband.de
Facebook	@DieDeutschenBauern
Instagram	@diedeutschenbauern